

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

68. Sitzung
25. Februar 2026

Beginn: 10.10 Uhr
Schluss: 11.55 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU- Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/2877
**Solidarität mit den Protestierenden im Iran –
Sicherheit für Deutsch-Iraner*innen und iranische
Staatsangehörige in Berlin**

[0233](#)
BuEuMe
InnSichO(f)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2457
Verfassungstreue von Schöff*innen stärken

[0213](#)
BuEuMe(f)
Recht*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für Berlin und
Brandenburg – das Zukunftskonzept des rbb und
die Perspektiven für die Beschäftigten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0237](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Dazu möchte ich Sie alle ganz herzlich begrüßen: Frau Ulrike Demmer, Intendantin beim Rundfunk Berlin-Brandenburg; Frau Kathlen Eggerling, Gewerkschaftssekretärin öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk bei ver.di Berlin-Brandenburg; Herrn Sebastian Scholz, Geschäftsführer Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbandes; Frau Martina Schrey, Vorsitzende des rbb-Personalrats, und dann hat Frau Demmer noch zur moralischen Stärkung Herrn Bielefeld und Frau Pieper mitgebracht –, Sie haben ein Schild, aber kein Rederecht, das wissen Sie wahrscheinlich, wir haben sechs Schilder, vier Rederechte – Ihnen allen ein herzliches Willkommen! – Zum Ablauf: Zunächst wird dieser Tagesordnungspunkt durch die einreichenden Fraktionen, CDU und/oder SPD, begründet. Dann fragen wir den Senat, ob er etwas sagen möchte. – das möchte er an dem Punkt noch nicht –. Das heißt, dann kommen wir schon zu Ihnen, und wir können das nach dem Alphabet machen oder falls Sie eine andere Reihenfolge wünschen, auch anders. Sie alle würden im Bereich fünf Minuten das Wort für ein Eingangsstatement erhalten.

Christian Goiny (CDU): Vielleicht fangen wir mit der Intendantin an.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich habe hier Anzuhörende und muss sie irgendwie ordnen. Ich kann mit der Intendantin anfangen, das würde auch alphabetisch passen. Ich muss jetzt nicht einschätzen, wer wichtiger ist, sondern sie sind alle Gäste unseres Ausschusses, und wir lassen sie alle nacheinander etwas sagen. – Machen Sie das Mikrofon noch mal aus, es ist noch nicht ganz so weit, auch, wenn wir hier alle ein bisschen aufgeregter sind! – Dann kommen Sie mit Ihrem Eingangsstatement, circa fünf Minuten. Da Sie sehr viele Anzuhörende sind und wir nicht so viel Zeit haben, würde ich Ihnen dann auch ein Zeichen geben, wenn die fünf Minuten zu Ende sind. – Dann machen wir eine Fragerunde, die Damen und Herren Abgeordnete können etwas sagen, eine Frage stellen. Da möchte ich die Abgeordneten darauf hinweisen, dass ich nach drei Minuten wieder ein Signal geben werde, um Korreferate möglichst zu unterbrechen und sich auf Fragen zu konzentrieren. Sie sind gebeten, sich alle Fragen zu merken oder zu notieren und die dann in einem zweiten Statement – soweit möglich – geschlossen zu beantworten. Der Staatssekretär wird sich zu Wort melden, wenn er es für eine geeignete Situation hält. Dann sind wir irgendwann mit dem Tagesordnungspunkt auch schon durch. – Jetzt geht es los mit der Begründung. Wer macht das? – Frau Kühnemann-Grunow macht das für die Koalition, ja? – Bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Morgen in die Runde! Herzlich willkommen hier bei uns im Ausschuss! – Wir haben uns als Koalition heute vorgenommen, uns mit dem rbb befassen zu wollen, selbstverständlich bei aller Staatsferne im Sinne von, dass wir uns in nichts einmischen, aber natürlich trotzdem wissen wollen, wie es dem rbb geht und vor allen Dingen, wie das Zukunftskonzept des rbb aussieht und die Perspektiven für die Beschäftigten.

Der rbb hat ja nach dem ersten Jahr seines Konsolidierungsprogramms wesentliche Einsparziele erreicht. Das waren schmerzhaftes Einschnitte, die zum Teil auch Personalabbau und Honorarkürzungen mit sich gebracht haben. Aber der rbb ist jetzt – so sieht es zumindest für uns aus – in der finanziellen Lage, auch wieder schwarze Zahlen zu schreiben, und hat sich aber natürlich auch trotz der Kürzungen auf die Fahne geschrieben, sowohl programmatische als auch technische Zukunftsinvestitionen zu machen, und das ist der Punkt, wo wir uns genau dafür interessieren, zu schauen, wie nach der Stabilisierung auch der Ausblick für die kommenden Jahre aussieht. Uns liegt der rbb sehr am Herzen, und dementsprechend wollen wir uns heute ein Bild davon machen, wie die Zukunft aussieht, ob sie rosiger aussieht, ob wir sozusagen besorgt sein müssen. Aber davon gehen wir – zumindest was die Presseberichterstattung angeht – nicht aus. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war die Begründung, danke schön! – Jetzt geht es mit Frau Demmer los.

Ulrike Demmer (rbb): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für das Interesse, wir freuen uns sehr über die Einladung! – Es ist ein dreigeteilter Vortrag. Die Zukunft des rbb ist eine weitgefaste Überschrift, deswegen möchte ich Ihnen gern kurz einen aktuellen Stand zur Konsolidierung, zu den Finanzen des rbb geben. Ich möchte Ihnen gern sagen, wo es mit dem Programm hingehet, und dann würde ich Ihnen gern erklären, was sich hinter dem Stichwort Projekt neue Zusammenarbeit verbirgt. Wir planen nämlich auch noch eine Umstrukturierung des rbb. Deswegen se-

hen Sie es mir nach, wenn ich vielleicht ein oder zwei Minuten überziehe. Aber ich glaube, ich werde Sie nicht langweilen.

Ich möchte gleich zum Stichwort Konsolidierung mit einem kleinen Plausch aus dem Nähkästchen einsteigen. Staatssekretär Graf weiß das, denn er hat uns in den vergangenen zweieinhalb Jahren alle sechs Monate eingeladen, damit wir über die finanzielle Situation des rbb berichten, gemeinsam mit seinem Counterpart aus Brandenburg. Wir sind dieser Einladung immer sehr gern gefolgt, und wir haben sie nachvollziehen können, denn sie erfolgte aus Sorge um die wirtschaftliche Stabilität des Senders. Wir haben versprochen, dass wir die wirtschaftliche Stabilität des Senders wieder herstellen, und ich mache das jetzt ohne Clifffhänger – Herr Graf weiß es –, aber auch Sie sollten es wissen: Wir haben Wort gehalten. Es ist uns gelungen: Der rbb ist zahlungsfähig, der rbb ist zukunftsfähig, und er wird es auch bleiben.

Ich möchte Ihnen kurz schildern, wie wir das gemacht haben: Erstens wollten wir in erster Linie Personalkosten reduzieren und nicht das Programm. Zweitens haben wir strategisch gespart, ausgerichtet am Zielbild, das es für den rbb schon gab. Wir haben das im Austausch mit der gesamten Belegschaft gemacht, und wir wollten den Personalabbau freiwillig und nicht betriebsbedingt.

Personalkosten reduzieren und nicht Programm: Wir haben das in einem Umfang getan, wie es der rbb seit seiner Gründung nicht erlebt hat. Wir hatten vor, 22 Millionen Euro nachhaltig einzusparen. Das entspricht etwa 10 Prozent des gesamten Honorar- und Personalaufwandes des rbb. Wir haben das strategisch gemacht. Das Zielbild haben Sie vielleicht verfolgt. Das Zielbild des rbb sieht zum einen vor, dass wir auf weniger und kleinerer Fläche, aber dafür mit moderner und vor allem standardisierter Technik, produzieren. Wir wollen das Programm künftig in einer anpassungsstarken Unternehmenskultur und -struktur produzieren. Das Programm folgt den Prämissen: vielfältig, nahbar und regional. Aber dazu kommen wir gleich unter Punkt zwei.

Wir haben das partizipativ mit der gesamten Belegschaft gemacht. Es gab 150 unternehmerische Entscheidungen, 134 dieser unternehmerischen Entscheidungen haben wir tatsächlich mit der Belegschaft in zwei Workshops diskutiert. Dadurch sind die Entscheidungen verändert und verbessert worden, wie wir finden, und wir wollten nicht kündigen und beenden, sondern wir haben Freiwillige gesucht, die den Sender verlassen wollten.

Im Ergebnis haben wir die Einsparsumme erbracht. Es ist uns ohne betriebsbedingte Kündigungen gelungen. Hier ist auch wichtig zu sagen: Nicht auf den Rücken der Freien. So konnten wir die Altersstruktur im rbb ausgewogen und sozialverträglich gestalten. Das heißt, wir haben jetzt 22 Millionen Euro bis Ende der Beitragsperiode nachhaltig eingespart. 58 Prozent dieser Summe entfallen auf feste Mitarbeitende, 26 Prozent auf freie Mitarbeitende, 16 Prozent auf Sachkosten. So haben wir es geschafft, zahlungs- und zukunftsfähig zu sein. Der rbb hält Wort. Wir haben damit nicht nur kurzfristig Liquidität gesichert, sondern den rbb strukturell befähigt, wieder Geld in ein neues Programm zu investieren, und, lieber Herr Graf, wenn Sie uns künftig einladen, können wir über das Programm sprechen, darum geht es ja in erster Linie.

Damit nehme ich jetzt kurz die Rolle des Programmdirektors ein, der hier eigentlich auch sprechen sollte, aber erkrankt ist. Das Programm richtet sich an den eben schon erwähnten

drei Prämissen aus: vielfältig, nahbar, regional. Vielfältig bedeutet, dass wir uns für das gesamte Meinungsspektrum im Sendegebiet interessieren, dass wir regional – da habe ich den Arbeitstitel vom Hauptstadtseher zum Heimatsender entwickelt –, das bedeutet, dass das Staatstheater in Cottbus genauso wichtig ist wie die Staatsoper in Berlin und dass wir uns raus aus Mitte rein in die Kieze bewegen. Denn unter dem Label Hauptstadtseher hat auch Berlin nicht seine volle Wirkung entfaltet. Nahbar bedeutet, dass wir uns von der Sendeplattform zur Kommunikationsplattform entwickeln. Wir wollen den Dialog mit unserem Publikum on air und off air suchen.

Wir erreichen tatsächlich mit unseren Programmen derzeit 72 Prozent der Bevölkerung im Sendegebiet, das ist schon mal ganz gut. Wir müssen aber auch den Rest der Bevölkerung erreichen, denn alle zahlen den Beitrag. Dazu hat die Medienforschung neun sogenannte digitale Medientypen entwickelt. Das ist eine Entwicklung der Medienforschung, die die ARD insgesamt anwendet. Deswegen nehmen Sie die Beschreibungen als Fachtermini, und nur den Versuch zu gucken, wer guckt uns und wer guckt uns nicht. Wir haben festgestellt, dass wir die ersten drei Zielgruppen überdurchschnittlich erreichen, die zweiten drei Zielgruppen durchschnittlich erreichen, unterdurchschnittlich erreichen wir die Vereinfachenden und Ablenkungssuchenden. Deswegen haben wir uns als rbb vorgenommen, die fünf markierten Zielgruppen stärker zu erreichen, insbesondere die, die wir unterproportional erreichen; die Vereinfachenden und Ablenkungssuchenden sind die jüngeren Zielgruppen.

Wie gelingt uns das? – Ich habe Ihnen berichtet, wir haben jetzt auch wieder Geld, das wir in neues Programm investieren können. Das tun wir schon aktuell. Wir haben schon mit den 40 Regionalreportagen begonnen, die an einem jüngeren Publikum ausgerichtet sind. Also Mediathek first heißt, dass wir sie nicht für das lineare Fernsehprogramm produzieren, sondern für die Mediathek und es dann natürlich auch linear ausstrahlen. Ich kann Ihnen sagen, die ersten Reportagen, die wir hier gesendet haben, sind auch bei YouTube enorm erfolgreich.

Der rbb hat auch in der ARD-Familie eine starke Position als Podcast Produzent. die erfolgreichsten hier erwähnt Kalk & Welk und Wissen mit Johnny. Wir haben einen TikTok-Kanal für die junge Zielgruppe aufgelegt. Es geht darum, das Communitymanagement zu verstetigen und auszubauen. Wir müssen die Metadaten stärker messen, und wir haben vor, ein Angebotscluster zum Thema Kultur im digitalen Raum zu schaffen.

Ich habe es eben schon bei den drei Zielbildprämissen genannt: Den Dialog suchen wir nicht nur im Programm, sondern auch mit Veranstaltungen, Beispiel hier House of Podcast. Da haben wir das Haus des Rundfunks zu einem Haus der Begegnung umgewandelt, in jedem der großen Veranstaltungssäle gab es von morgens bis abends Podcasts vor Publikum.

Jetzt kommen wir zum Thema neue Zusammenarbeit, Aspekt drei meines Vortrags. Hier geht es um den strukturellen Umbau und der damit verbunden ist. Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Warum müssen wir das jetzt auch noch machen? Jetzt haben wir gespart und Geld für ein neues Programm. Aber wir machen auch das, um zukunftsfähig zu sein, weil wir die Beitragsmittel effizienter einsetzen wollen. Das heißt, wir müssen unsere Ressourcen – das gilt für Personal, Budget und Technik – transparenter, strategischer und gebündelter einsetzen. Wir brauchen einfach einen Gesamtüberblick über alle Mittel, um unsere Wirkung zu minimieren und nicht jeweils am Ende des Jahres Restbudgets isoliert zu verwalten. Wir brauchen auch schnellere und klarere Entscheidungswege. Unsere bisherigen Strukturen sind ein biss-

chen zu komplex, und unsere Entscheidungen dauern zu lange, und vor allem machen wir das alles mit einem Ziel: Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für die journalistische Arbeit im rbb.

Der rbb hat den Auftrag, glaubwürdige Quelle für alle Berlinerinnen und Brandenburger zu sein, und das Fundament dafür ist regionaler Journalismus. Unsere neue Struktur schafft Zeit und Ressourcen für Recherche, und die Kolleginnen und Kollegen im rbb sollen die Möglichkeit haben, ihre journalistische Expertise fortlaufend zu vertiefen. Deswegen werden wir unter anderem crossmedial für alle Ausspielwege Thementeam gründen. Die Grundlage für die neue Struktur im Projekt Neue Zusammenarbeit haben wir erarbeitet. Jetzt beginnen wir – das ist der erste Schritt – mit Ausschreibungen für die Führungsebene unterhalb der Geschäftsleitung. Die Ausschreibungen sind der Startpunkt für die Erarbeitung der neuen Gesamtstruktur. Ab April werden wir dann mit den neuen Führungskräften – selbstverständlich unter Einbindung der Mitarbeitendenvertretung – den Aufbau und die Abläufe des neuen rbb erarbeiten.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Sie erwarten zu Recht, dass der Rundfunk Berlin-Brandenburg ein unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Infrastruktur ist. Der rbb ist kritische Infrastruktur. Als Zwei-Länder-Sender steht der rbb für Meinungsvielfalt, für verlässliche Informationen, für gesellschaftliche Teilhabe, und der Beitrag finanziert ein Allesinklusive-Ticket für unabhängige Informationen, für Nachrichten, für Dokus, für Kultur, für regionale Informationen, für Veranstaltungen – und das jeden Tag und für alle Menschen zugänglich. Wir wollen die erste Adresse für glaubwürdige, unabhängige, verlässliche und verständliche Informationen sein. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Weiter geht es mit Frau Eggerling.

Martina Schrey (rbb Personalrat): Nein, ich würde gern weitermachen. Wir haben uns hier intern verständigt.

Vorsitzender Andreas Otto: Gut, wenn Sie sich verständigt haben, machen wir es so. – Dann Frau Schrey, bitte sehr!

Martina Schrey (rbb Personalrat): Wunderbar, vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Otto! Sehr geehrter Herr Graf! Liebe Abgeordnete! Das Zukunftskonzept des rbb hat die Intendantin gerade vorgestellt, ich konzentriere mich auf die Perspektive der Beschäftigten.

Der rbb befindet sich in einer massiven Umbruchsituation. Vor der großen Krise, im Jahr 2022, hatte der rbb gut 3 600 Beschäftigte, also Festangestellte und arbeitnehmerähnliche Freie zusammen, Ende 2025 waren es dann gut 300 weniger, ebenfalls Feste und Freie. Wenn das sogenannte Freiwilligenprogramm – was die Intendantin gerade schon ansprach –, Ende März endgültig greift, werden es noch einmal gut 100 Menschen weniger sein, die im rbb tätig sind. Und ja, seit 2022 sind die Beschäftigten im Ausnahmezustand, erst die große Krise, dann die Folgen, 66 Millionen Euro muss der Sender bis 2028 einsparen, 22 Millionen Euro pro Jahr. Diese Nachricht erschütterte die Belegschaft Anfang letzten Jahres erneut bis ins Mark. Plötzlich standen betriebsbedingte Kündigungen im Raum. Es folgte ein Katalog von rund 150 Sparmaßnahmen, immerhin – und das muss man wirklich positiv anmerken – fand ein sogenannter Partizipationsprozess statt. Die Belegschaft konnte sich zu den Sparmaßnahmen äußern, auf Risiken hinweisen, alternative Vorschläge machen – auch das hat die Inten-

dantin bereits angesprochen, das allerdings in einem Klima, in dem bei vielen große Angst und auch Misstrauen herrschte und immer noch herrscht, vor allem natürlich bei denen, die noch nicht so lange im Sender sind oder als Freie generell nur einen bedingten Schutz genießen. Doch auch an allen anderen ging die Drohung von betriebsbedingten Kündigungen natürlich überhaupt nicht spurlos vorbei. Dann folgte das sogenannte Freiwilligenprogramm, das Angebot, in den Vorruhestand zu gehen oder einen Auflösungsvertrag mit Abfindung zu erhalten, wenn die Stelle beziehungsweise die Tätigkeit danach wegfällt. Wenn man aus Sicht des Personalrats hier von einem Erfolg sprechen kann, dann ist es der, dass nicht wie sonst früher immer üblich, zuallererst die Freien vor die Tür gesetzt wurden, im Gegenteil, am Ende werden es doppelt so viele Feste sein wie arbeitnehmerähnliche Freie, die im Zuge des Freiwilligenprogramms den Sender verlassen.

Auch betriebsbedingte Kündigungen sind für 2026 erst mal vom Tisch, aber für 2027 und 2028 stehen sie nach wie vor im Raum, jedenfalls gab es dazu bislang keine Entwarnung.

Gleichzeitig steht ein großer Umstrukturierungsprozess bevor, neue Zusammenarbeit sechs plus zwei neue Führungsrollen sollen die Organisation des Senders auf neue Füße stellen. Auch das sorgt für große Unsicherheit in der Belegschaft. Die große offene Frage: Wo wird im rbb zukünftig mein Platz sein? Gibt es den überhaupt noch? Schafft es die schrumpfende Belegschaft, den immer weiter wachsenden Ansprüchen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerecht zu werden. Denn natürlich erwarten die Menschen in Berlin und Brandenburg vom rbb auch weiterhin ein hervorragendes Programm auf allen Ausspielwegen, und dass jeder einzelne Cent des Rundfunkbeitrags sinnvoll und effizient verwendet wird. Das erwartet und will die Belegschaft auch.

Die richtigen Rahmenbedingungen braucht sie aber, um ein mutiges und unabhängiges Programm zu machen. Angst und Unsicherheit sind da schlechte Ratgeber. Betriebsbedingte Kündigungen?– So etwas macht natürlich Angst, aber genauso Drohungen von außen. Der öffentliche Streit zwischen Landessender und der Landesregierung Brandenburg, die Sprachlosigkeit zwischen Gewerkschaften und Dienststelle, der Druck seitens der Politik, die Reformen erwartet und gleichzeitig unsere Handlungsmöglichkeiten einschränken will.

Stichwort Staatsvertrag: Ja, da steht auch viel Gutes drin. Schluss mit der Intendantinnen-beziehungsweise Intendantenverfassung nach altem Muster beispielsweise, hin zu einem kollegialen Direktorium, mehr Verantwortung der Aufsichtsgremien und für den Personalrat besonders wichtig: Endlich sind wir eine Vertretung von und für feste und freie rbb-Beschäftigte gemeinsam. Das aber reicht nicht. Geben Sie uns als rbb-Belegschaft die Gelegenheit, weiter zusammenzuwachsen. Freie in den Personalrat war gut, aber das Landesgleichstellungsgesetz haben Sie immer noch nicht angepasst. Nach wie vor ist die Frauenvertreterin nur für die festen Mitarbeitenden zuständig, und die schwerbehinderten Freien dürfen immer noch nicht an der Wahl der Schwerbehindertenvertretung teilnehmen und können von ihr nicht offiziell vertreten werden. Stellen Sie klar, wo die Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung greifen soll oder wo nicht, ob die Bestenauslese auch bei Reporterinnen, Reportern und Moderatorinnen und Moderatoren angewendet werden soll, und fragen Sie sich, wie es zusammenpasst, wenn Sie einerseits dem rbb sparsames Handeln verordnen, andererseits aber neue Hierarchieebenen einfordern, Stichwort Landesleitung. Klar, dass die Beitragserhöhungen ausgeblieben sind, liegt nicht am Abgeordnetenhaus, aber wir brauchen endlich einen politischen Konsens über den Wert unserer Arbeit für Pluralismus und Demokratie. Angstmacherei ist da kein gutes Konzept. Wir brauchen Sicherheit, um gutes, mutiges und unabhängiges Programm zu machen. – Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Andreas Otto (GRÜNE): Danke schön, Frau Schrey! – Jetzt geht es weiter mit Frau Eggerling. – Bitte schön!

Kathlen Eggerling (Gewerkschaftssekretärin öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk bei ver.di Berlin-Brandenburg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu sprechen! Ich musste eben schmunzeln. Mein erster Satz, den ich mir aufgeschrieben habe, ist wortwörtlich der von Martina Schrey, nämlich, dass ich mich auf die Beschäftigtenperspektive konzentrieren werde, und ich habe mir noch dazu geschrieben, dass es mich sehr interessiert, auch die Zukunftsperspektive zu hören, nämlich die der Beschäftigten. Wann fängt die an?

Martina Schrey hat schon sehr viel von dem berichtet, was ich auch berichten möchte. Als Gewerkschaftssekretärin begleite ich die Tarifrunden im rbb seit etlichen Jahren, habe viel Kontakt mit unseren Mitgliedern, das sind einige Hundert im rbb, und nehme die Stimmung ähnlich wahr, wie Frau Schrey eben berichtet hat, nämlich große Verunsicherung vor der Zukunft, immer noch Angst. Dieses Freiwilligenprogramm, diese ganze Ankündigung, es muss gespart werden, auch nachhaltig, hat noch nicht für Beruhigung gesorgt. Insofern möchte ich daran anknüpfen, ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was Frau Schrey gesagt hat, sondern schildern, wie sich die Situation, die wir im rbb haben, aus Beschäftigtenperspektive auch aus tariflicher Sicht darstellt. Frau Schrey hat es eben Sprachlosigkeit zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaften genannt, und das ist ein ganz prekärer Punkt. Wir haben seit 2023 keine tarifliche Entwicklung mehr. Gestern in einer Runde mit Mitgliedern hat ein

Kollege vorgerechnet, wann es die letzte Tarifierhöhung gab und wie stark seitdem die Nachteile der Beschäftigten in der gehaltlichen und Honorarentwicklung sind. Das ist ein Verlust von über 14 Prozent, wenn man Preissteigerungen mitbedenkt. Nicht jeder, der beim rbb beschäftigt ist, verdient richtig gut, hat eine feste Vollbeschäftigung, die unbefristet ist, sondern wir haben es ganz viel mit Freien zu tun, die ganz viel unterschiedliche Lagen und Sicherheiten haben. Also da besteht ein großer Unsicherheitsfaktor. Wir haben einen offenen Tarifvertrag zu Gehalt und Honoraren. Der ist zu 2024 gekündigt worden. Der rbb hatte Nullrunden verordnet. Andere ARD-Sender haben schon wieder in der nächsten Runde angefangen zu verhandeln. In der letzten Tarifrunde gab es für die anderen ARD-Senders round about 6 Prozent, verteilt auf zwei Jahre. Die Beschäftigten beim rbb werden abgehängt, und jetzt ist die Frage, wie das weitergeht. Das ist für uns ein großer, wichtiger Punkt, der die Beschäftigten sehr unzufrieden macht. Bei der zunehmenden Verunsicherung ist es so, dass die Beschäftigten jetzt, wo sich der rbb konsolidiert, erwarten, dass es mal ein Signal gibt, auch deren Anpassungsfähigkeit und all das, was sie ausgehalten haben, diese Umstrukturierungen, wo sie mitgearbeitet haben, und zwar schon angefangen unter den Maßnahmen, die Frau Vernau eingeleitet hatte – – Da ist noch nichts honoriert worden, sondern die Arbeit wird verdichtet für die, die beim Sender geblieben sind. Es wird immer mehr verlangt, aber bisher gibt es noch keine Entwarnung, sondern, wir haben es gehört, es muss immer weiter gespart werden, und das wirkt sich in der Programmerstellung aus und bei den Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten sind damit nicht mehr zufrieden. Wir haben große Ungleichheiten. Ich hatte es gesagt: Neben dem offenen Gehalts- und Honorartarifvertrag haben wir weitere Themen. Es gibt einen Bestandsschutztarifvertrag, der komplett ausverhandelt war, abgestimmt, der nicht unterschrieben worden ist. Der sollte dazu dienen, langfristig Freien, vor allen Dingen in der journalistischen Tätigkeit, Sicherheit zu geben. Der ist nach wie vor offen. Das ist ein riesiger Vertrauensverlust, den die Freien da empfinden. Darüber herrscht Fassungslosigkeit. Da sind wir mittlerweile vor Gericht gezogen. Das ist kein guter Zustand, das wird jahrelang dauern. Bis dahin werden ganz viele Freie nicht mehr im Sender sein. Das ist sehr schön.

Dann haben wir einen offenen Punkt, den Honorarrahmen Programm. Der regelt die Honorare für journalistische Tätigkeiten. Der soll eigentlich nach und nach mit den Tarifrunden angepasst werden. Das stockt auch seit Jahren. Es ist nämlich so: Damit soll ausgeglichen werden, dass freie Beschäftigte perspektivisch umgerechnet mal so viel für ihre Tätigkeit verdienen wie die Festen in gleicher Tätigkeit. Da stockt seit Jahren. Dadurch soll auch ein Ost-West-Gefälle ausgeglichen werden, das es immer noch gibt. Also da gibt es immer noch viel Honorarstrubbel, wenn – – Es kommt darauf an, wo die Journalistinnen und Journalisten beauftragt sind, von welcher Sendung oder Redaktion; sie werden für dieselbe Tätigkeit unterschiedlich honoriert. Das sind alles Themen, die unbedingt angegangen werden müssen, die bei steigenden Anforderungen weiterhin für Unsicherheit und Unzufriedenheit sorgen.

Zuletzt bleibt diese offene Frage, Frau Demmer hat dargestellt, es wird jetzt angegangen, wie die ganze Struktur und das Zusammenarbeiten weiterhin aussehen soll. Das ist für die Beschäftigten auch noch total unklar. Da bestehen eher immer neue Sorgen, zuletzt durch das Führungskräfteprogramm, das aufgesetzt worden ist. Da ist auch die Frage, ob dadurch nicht viele Kosten oder Mehrkosten in der zweiten Führungsebene entstehen. Langfristig sollen die Posten auf sechs reduziert werden. Jetzt gibt es, glaube ich, zwölf Hauptabteilungsleitungen, die außertariflich finanziert sind. Die sind ja nicht auf einmal weg, wenn man die Führungskräfte auf dieser zweiten Ebene reduziert. Da gibt es unter Umständen langfristige Ansprüche. Es ist nicht klar, ob sich der rbb damit viel Geld auflädt, das dann auf der anderen Seite im

Programm fehlt. Das sind alles Fragen, die die Beschäftigten sehr beunruhigen. – Hier mache ich mal einen Punkt. Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Frau Eggerling! – Dann geht es weiter mit Herrn Scholz. – Bitte schön!

Sebastian Scholz (Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbandes – DJV Berlin – JVBB e. V., Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten; Geschäftsführer): Herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Senatsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen! Auch ich danke erst mal für die Möglichkeit, hier reden zu dürfen, auch aus Perspektive derjenigen, die das tagtägliche Programm machen. Ich will es ein bisschen globaler fassen, denn wir haben jetzt sehr viele Inneneinsichten gehört. Sie alle wissen, dass der rbb, wie übrigens alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, unter erheblichem Veränderungsdruck steht, strukturell, finanziell, technologisch, und dieses Zukunftskonzept, das die Intendantin hier in Auszügen vorgestellt hat, soll unter anderem eine Reaktion darauf sein, aber auch eine Reaktion auf Vertrauensverlust, auf notwendige Sparauflagen und auf die digitale Transformation.

Aus gewerkschaftlicher Sicht, ich glaube, das wird Sie nicht verwundern, kann es nicht nur um Effizienzgewinne oder neue Workflows gehen, sondern vielmehr geht es aus unserer Sicht um Menschen und um die Frage, wie wir den öffentlich-rechtlichen Auftrag in Berlin und Brandenburg künftig erfüllen wollen. Der rbb, auch das klang hier mehrfach an, ist im hohen Maße auf freie Journalistinnen und Journalisten, Autorinnen und Autoren, Producerinnen und Producer, Cutterinnen und Cutter, Technikerinnen und Techniker und viele andere angewiesen. Gerade in einer Metropolregion wie Berlin mit ihrer vielfältigen Szene und einem Flächenland wie Brandenburg, wo regionale Präsenz besonders wichtig ist, tragen freie Mitarbeitende wesentlich zur Programmvierfalt bei. Umstrukturierungen wie Redaktionszusammenlegungen, Produktionsverlagerungen, Sparvorgaben treffen diese Gruppe häufig besonders hart. Freie haben, Sie haben es gehört, weniger soziale Absicherung, weniger Planungssicherheit. Wenn Etats gekürzt und Formate eingestellt oder gebündelt werden, dann sind es häufig die Freien, deren Verträge nicht verlängert und deren Honorare unter Druck geraten werden. Dass das im rbb so nicht geschehen ist, übrigens anders als in vielen anderen Landesrundfunkanstalten, begrüßen wir als Gewerkschaft natürlich ausdrücklich, denn eines ist klar: Ein Zukunftskonzept darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die das Programm tragen. Wer Qualität will, muss faire Arbeitsbedingungen sichern, und dazu gehören transparente Perspektiven, verlässliche Honorarstrukturen, Beteiligung an Reformprozessen und auch tarifliche Entwicklungen statt Nullrunden. Das ist ein großer Kritikpunkt, Frau Eggerling hat es ausgeführt. Dazu gehört aber ebenso, langjährigen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Absicherung zu bieten, die ihrer engagierten Arbeit entspricht. Das hat der rbb übrigens auch mal so gesehen und deswegen mit uns diesen Bestandsschutz-Tarifvertrag verhandelt, den er dann nicht unterschrieben hat. Dass wir da jetzt vor Gericht ziehen müssen, ist ein aus meiner Sicht sehr unglücklicher Zustand, und er hat im Sender auch viel Vertrauen verspielt.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist bewusst einem unabhängigen Verfahren übertragen worden. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, das wissen Sie alle, prüft und spricht eine Beitragsempfehlung aus. Dieses Verfahren dient vor allem dem Schutz der Rundfunkfreiheit. Es soll gerade verhindern, dass politische Opportunität über die finanzielle Ausstattung entscheidet. Wenn die KEF allerdings nach

sorgfältiger Prüfung zu einer Beitragsempfehlung kommt, tragen die Länder eine besondere Verantwortung, diese Empfehlung nicht aus kurzfristigen politischen Erwägungen heraus zu unterlaufen. Wenn der Auftrag – Information, Bildung, Kultur, regionale Berichterstattung – politisch definiert ist, dann muss man auch bereit sein, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Alles andere gefährdet die staatsferne Konstruktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Der Beitragspopulismus, so will ich es mal nennen, der vergangenen Jahre, hat dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weit mehr als bloß finanziell geschadet. Jetzt auch noch die Neuberechnung der KEF zu kritisieren und deren Seriosität anzuzweifeln, wie das in einigen Ländern geschieht, ist Wasser auf die Mühlen der Gegner des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, denn das medienpolitische Kernprinzip lautet: Die Finanzierung folgt dem Auftrag. Wenn also hohe Erwartungen an regionale Präsenz, an investigative Recherche, an barrierefreie Angebote, an digitale Innovation formuliert werden, dann muss auch eine auskömmliche Finanzierung gewährleistet werden. Im kürzlich vorgelegten 25. KEF-Bericht, der Ihnen sicherlich bekannt sein dürfte, wird in diesem Zusammenhang übrigens kritisch angemerkt, dass bestimmte staatsvertragliche Vorgaben, etwa zu Standorten oder Strukturen, das wirtschaftliche Arbeiten einzelner Anstalten erschweren. Der rbb wird in diesem Bericht zwar nicht näher betrachtet, das liegt aber ausschließlich daran, dass die entsprechende Untersuchung vor der Novelle des rbb-Staatsvertrages datiert und damit vor der Verpflichtung des rbb zur zusätzlichen Schaffung von drei Regionalbüros sowie regionalverantwortlichen Redaktionsleitungen für Berlin und Brandenburg. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Als Journalistenverband in Berlin und Brandenburg begrüßen wir eine verstärkte regionale Präsenz. Wenn aber Staatsverträge detaillierte Standortgarantien und Leitungsstrukturen festschreiben, muss Politik auch dafür sorgen, dass diese finanziert werden können, damit nämlich die daraus notwendigerweise entstehenden Mehrkosten nicht am Ende Programmspielräume einschränken.

Wir leben dazu noch in einer Zeit, in der Desinformation, gezielte Propaganda, algorithmisch verstärkte Polarisierung unseren öffentlichen Diskurs massiv beeinflussen. Soziale Netzwerke verbreiten Inhalte in Sekundenbruchteilen ungeprüft, emotionalisierend, interessengetrieben, und gerade in Wahlkampfzeiten oder internationalen Krisen sieht man sehr deutlich, wie anfällig demokratische Gesellschaften für gezielte Manipulationen sind. Daher ist die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine demokratische Notwendigkeit. Der ÖRR ist, bei aller berechtigter Kritik im Detail, ein Stabilitätsanker unseres Mediensystems. Er ist journalistisches Korrektiv, Faktenprüfer, Plattform für differenzierte Debatten. Wer hier kürzt, kürzt an der demokratischen Infrastruktur. Wenn also über Einsparungen, Strukturreformen und Beitragshöhen gesprochen wird, dann darf der größere Kontext nicht aus dem Blick verloren werden, nämlich ein geschwächter öffentlich-rechtlicher Rundfunk hinterlässt kein neutrales Vakuum, sondern dieses Vakuum würde gefüllt werden von kommerziellen Plattformen, von interessengetriebenen Akteuren, von lautstarken Rändern oder antidemokratischen Extremisten. Deshalb wenden wir uns als Gewerkschaft entschieden gegen eine schleichende Aushöhlung des öffentlich-rechtlichen Systems und treten ausdrücklich, das dürfte Sie nicht verwundern, für dessen eine Stärkung ein. Aus unserer Sicht muss ein Zukunftskonzept für den rbb diese drei Dinge zusammenbringen: wirtschaftliche Solidität, soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und vor allen Dingen den Freien und eine klare publizistische Perspektive. Wir, gestatten Sie mir, dass ich das formuliere, erwarten von der Politik, dass sie zum Grundsatz „Finanzierung folgt dem Auftrag“ steht, denn nur so bleibt der rbb ein starker, unabhängiger und regional verankerter Sender für Berlin und Brandenburg, und nur so bleiben journalisti-

sche Arbeit und gute Arbeitsbedingungen dauerhaft gesichert, und zwar nicht aus Selbstzweck, sondern als zentraler Baustein einer demokratischen Öffentlichkeit. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön, Herr Scholz! – Dann sind wir jetzt mit der Runde der Eingangsstatements erst mal durch, und ich würde jetzt an die Damen und Herren Abgeordneten das Wort verteilen, und es beginnt Frau Helm für die Linksfraktion.

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst mal einen herzlichen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre Ausführungen und für Ihre Zeit, das hier mit uns zu erörtern! Es ist für uns als Medienausschuss ein ganz wichtiger Punkt, dass hier die Arbeitsbedingungen und die Bedingungen für die Erfüllung des Auftrags für den rbb gewährleistet sind. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir uns die Zeit dafür nehmen. Dafür eingangs vielen Dank an alle Beteiligten!

Ich freue mich, dass jetzt die finanzielle Situation stabiler eingeschätzt wird. Trotzdem wird viel darüber, dass es weiterhin noch extreme Unsicherheiten gerade in der Belegschaft gibt, aus guten Gründen, gesprochen. Ich habe eine sehr umfangreiche Schriftliche Anfrage zur finanziellen Situation gestellt, und aus der ist unter anderem hervorgegangen, dass eine Rücklage von 30 Millionen Euro gebildet worden ist, basierend auf dem alten Rundfunkbeitrag, die gesperrt worden ist, falls die KEF neue Rücklagen verlangen wird. Jetzt ist der 25. Bericht da. Deswegen ist meine Frage: Ist das so eingetreten, dass diese neuen Rücklagen verlangt werden, und wenn nicht, werden die Gelder jetzt freigegeben? – Das wäre meine Frage.

Die außertariflich Beschäftigten sind von Frau Eggerling angesprochen worden. Es gibt den Plan, die um die Hälfte zu reduzieren. Trotzdem sehen die finanziellen Planungen eine Steigerung vor. Mich würde interessieren, wie das zusammenpasst. Ich würde mich dafür interessieren, wie die bisherigen Reformen die Programmerstellung verändert haben, gerade von denjenigen, die die Beschäftigten vertreten. Sie haben viel von der Drucksituation gesprochen, die drohende Kündigungen und die die tariflichen Auseinandersetzungen haben, aber ich würde mich auch für die Reform interessieren, was die Programmerstellung angeht. Wie hat sich das auf die Belegschaft ausgewirkt? Kann man da von einer Effizienzsteigerung sprechen? Ist es eher so, dass sich der Druck noch erhöht hat? Das würde mich aus Beschäftigtensicht interessieren.

Die Nullrunden sind angesprochen worden, ein relevantes Thema. Wir haben überall eine Kostensteigerung der Lebenshaltungskosten. Deswegen wäre meine Frage, ob dazu Kompensationen im Gespräch sind. Frau Demmer, Sie bekommen eine Gehaltserhöhung von 4,5 Prozent. Wäre das eine Marke, wo man sagen könnte, das wäre für alle Beschäftigten angemessen, als erster Schritt, wieder zu einer Anpassung zu kommen und als Ausgleich für die Nullrunden? Denn die Beschäftigten haben von den Einsparungen schon eine ganze Menge weggetragen.

Natürlich würde mich auch interessieren, wie es mit dem Bestandsschutz-Tarifvertrag weitergeht. Gibt es da noch eine Chance zusammenzukommen? Was sind da die weiteren Planungen? – Das soll es erst mal gewesen sein. Vielleicht kommen wir noch zu einer zweiten Runde. Dann hätte ich nämlich noch Fragen an den Senat, aber der hat noch nicht Stellung genommen. Das kommt bestimmt noch.

Vorsitzender Andreas Otto: Eine zweite Runde sehe ich nicht, Frau Kollegin. Ich würde empfehlen, auch kurz die Fragen an den Senat zu stellen, denn der hat sich für nach den Abgeordneten gemeldet. – [Anne Helm (LINKE): Dann mache ich das im Zweifel schriftlich!] – Jetzt ist Dr. King dran, der fraktionslose Abgeordnete.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Sachverständigen aus dem rbb! Ich möchte kurz eine ganz kleine Manöverkritik loswerden. Wir haben gestern Abend die Präsentation bekommen, die heute vorgetragen wurde. Zumindest mich hat sie erst gestern Abend erreicht und heute Morgen noch eine neue Fassung, die aber nur noch halb so lang war. Das war für die Vorbereitung ein bisschen suboptimal.

Was ich interessant fand: Frau Demmer! Das waren zwei sehr unterschiedliche Perspektiven, die wir gehört haben. Insofern war es eine interessante Anhörung, aber ich frage mich, wo das zusammengeht. So, wie Sie den Prozess des Personalabbaus und der Konsolidierung dargestellt haben, und so, wie das insbesondere Frau Schrey getan hat, ging es sehr weit auseinander, und insofern würde mich interessieren, ob Sie diese Perspektive von Frau Schrey selbst wahrnehmen. Wie ist die Stimmung in der Belegschaft? Nehmen Sie die auch so wahr, wie Frau Schrey es dargestellt hat? Sie haben sehr stark darauf abgehoben, das war alles einvernehmlich und freiwillig. Betriebsbedingte Kündigungen haben Sie ganz weit weggeschoben. Von Frau Schrey haben wir erfahren, dass sie für nächstes und übernächstes Jahr durchaus noch im Raum stehen. Ich finde es ein bisschen verwirrend, zwei derart unterschiedliche Perspektiven zu hören. Klar scheint aber zu sein, dass die Stimmung nicht so gut ist, und dass es eine enorme Arbeitsverdichtung gibt für die Leute, die jetzt noch da sind. Ich habe sogar gehört, mich würde interessieren, ob das stimmt, dass mittlerweile durch den Stellenabbau auch Situationen entstanden sind, wo gar nicht mehr alles geleistet werden kann und man sogar auf Leiharbeitskräfte oder Rentner, die man zurückholt, zurückgreifen muss, um den Betrieb sicherzustellen.

Dann würde mich diese neue Zusammenarbeit interessieren. Ursprünglich hatte ich es so verstanden, dass es darum geht, Leitungs-, Führungspositionen, die viel Geld kosten, zu verschlanken. Frau Eggerling hat das angesprochen, das hatte mich auch interessiert. Man kann natürlich die Zahl der Hauptabteilungsleiter halbieren, aber wenn es immer noch dieselben Leute sind, die dieselben Dinge tun und vielleicht sogar noch dasselbe Geld dafür bekommen, mich würde interessieren, wie das gedacht ist, dann hat man dadurch nichts gespart, sondern möglicherweise wird sogar die gesamte Leitungsstruktur teurer. Es sind viele Führungspositionen ausgeschrieben. Ich habe im Internet acht Ausschreibungen von Führungspositionen gesehen. Ist denn diese neue Struktur einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen worden? Frau Demmer, das ist an Sie gerichtet. Es geht aus Ihrer Präsentation nicht hervor, ob vielleicht eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgeschaltet ist, bevor Entscheidungen getroffen werden. Das würde mich noch interessieren.

Dann noch zwei kurze Fragen: Sie wollen vielfältiger werden und dadurch zur Meinungsbildung beitragen. Sie wissen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der rbb ganz besonders dafür kritisiert werden, dass es bisher von den Leuten nicht so wahrgenommen wird, dass sich die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder beim rbb so gut abbildet. Was haben Sie vor, um das zu ändern?

Dann würde mich noch interessieren: Auch an der Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gab es zuletzt Kritik. Vorhin wurde schon dieser Fake mit Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag angesprochen, aber noch viel mehr Wirbel hat die KI-Affäre beim ZDF erzeugt, und es gibt jetzt eine neue Dienstanweisung bei Ihnen für Programmverantwortung und zum Qualitätsjournalismus im rbb. Welche Rolle spielen solche Fragen, zum Beispiel Umgang mit KI-generiertem Bild- und Videomaterial? Das würde mich sehr interessieren. Ich glaube, das interessiert viele Menschen zurzeit. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Ein Hinweis zu Ihrer Manöverkritik, Herr Dr. King: Niemand ist verpflichtet, uns Präsentationen zu halten, mitzubringen oder vorher zu schicken. Das ist eine Goodwill-Sache. Ich bin immer sehr dankbar, wenn wir die vorher bekommen. Normalerweise kriegen wir die hinterher, das auch in Ordnung, aber das haben wir nicht zu kritisieren. Es ist eine freiwillige Sache, wenn jemand so etwas mitbringt. – Jetzt ist auf der Redeliste Herr Goiny für die CDU-Fraktion.

Christian Goiny (CDU): Auch von unserer Seite erst einmal vielen Dank dafür, dass Sie uns hier heute Ihre aktuelle Einschätzung zur Situation des rbb mitgeteilt haben! Ich finde es richtig, Herr Vorsitzender, dass wir diese Information bekommen haben. Das finde ich nicht zu kritisieren, auch wenn Austauschversionen gibt, muss ich auch sagen.

Ich will eingangs der Intendanz und den Beschäftigten sagen, dass wir wissen, was das für eine schwierige Zeit für den rbb ist, gerade die letzten Jahre, was das für eine schwierige Zeit war. Ich finde es durchaus positiv, dass Frau Demmer heute das Zukunftskonzept vorgestellt hat, weil das einen Weg oder eine Richtung vorweist, in die sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier in Berlin und Brandenburg weiterentwickeln kann. Das finden wir spannend, und ich glaube, da ist viel Potenzial drin. Natürlich ist es so, dass für die Beschäftigten die Einschnitte und Veränderungen hart sind, und auf die Probleme wurde auch hingewiesen. Auf der anderen Seite finde ich aber, dass wir hier im Medienausschuss keine Tarifverhandlungen führen oder vorwegnehmen. Wer Tarifautonomie ernst nimmt, kann sich vonseiten der Politik hier nicht einmischen. Das würden gerne den zuständigen Gremien auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite überlassen wollen.

Übrigens noch der Hinweis zu dem Staatsvertrag: Die Dinge, die Sie angesprochen und kritisiert haben, waren, sage ich mal zurückhaltend, keine Herzensangelegenheiten des Landes Berlin. Auf viele dieser Dinge hätten wir verzichten können. Uns war wichtig, dass man die Konsequenzen aus den Vorgängen um all das, was im Zusammenhang mit der früheren Intendantin Schlesinger passiert ist, zieht, und dass wir das Thema Kontrolle, Compliance und Transparenz stärken. Das ist mit dem Staatsvertrag an sehr vielen Stellen gut gelungen. Aber auch ein Punkt ist, und der hängt am Ende damit zusammen, wie erfolgreich so ein Sender ist: Wie gut ist das Programm? Wie kommt das Programm an, und wie hoch ist die Qualität dessen, was man hier präsentiert? Da würde ich fragen wollen, wie dazu die Einschätzung ist, insbesondere zur Frage – Wir haben im Staatsvertrag auch den Programmauftrag und die Senderstruktur geregelt. Es gab in den letzten Jahren verschiedene Bemühungen, zum Beispiel dieses Kulturradio radio3 zu reformieren. Mein Eindruck ist, dass es nicht so richtig gelungen ist. Eine Kulturstadt wie Berlin müsste eigentlich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein Programm anbieten, wo sich die anderen Landesrundfunkanstalten danach sehnen, Programmteile davon zu übernehmen. Das ist erkennbar nicht der Fall. Wir haben auch die Diskussion um Radio COSMO, die Frage, was hier an Beitrag für viele Migrantinnen und Mig-

ranten in Berlin angeboten wird. Es gibt ein großes, auch politisches Interesse, das wir teilen, dass diese Angebote erhalten werden, möglicherweise in andere Sender des rbb integriert werden können. Da würden wir uns nach dem Stand der Diskussion erkundigen wollen.

Zum anderen ist schon die Frage von korrekter Berichterstattung, von Qualitätsjournalismus angesprochen worden. Das ist im Grunde genommen das Übel, das wir beklagen müssen, warum es überhaupt diese massive Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt, dass es leider in den letzten Jahren zu viele Beispiele gab, wo diese Qualitätsstandards vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt nicht eingehalten worden sind. Das sagt natürlich an einem Fundament, nämlich an der Frage der Bereitschaft der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir haben hier in Berlin Beispiele gehabt beim Umgang innerhalb der Grünen mit bestimmten Kandidaten oder Kandidatenaufstellung, die große Schlagzeilen generiert haben und viele andere Beispiele. Bei der ganzen Reformdebatte und der Frage der Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann man nicht immer nur über die Frage diskutieren, wann die nächste Beitragserhöhung kommt, sondern man muss auch die Diskussion darüber führen, wie wir wieder eine größere gesellschaftliche Akzeptanz dafür schaffen, dass dieser Beitrag erhöht werden kann, denn früher gab es diese Debatte so nicht. Jetzt gibt es sie, also müssen wir uns auch um diesem Teil der Geschichte kümmern. Das hängt auch damit zusammen, wie recherchiert wird, wie gearbeitet wird, wie man wirklich das ganze Bild darstellt, wenn man eine Nachricht bringt, wenn man eine Geschichte erzählt, und am Ende auch, welche Qualität und Fortbildung die jeweils Verantwortlichen oder die sachbearbeitenden Journalistinnen und Journalisten – –

Vorsitzender Andreas Otto: Haben Sie vielleicht abschließend noch eine Frage, Herr Goiny?

Christian Goiny (CDU): Das wäre meine letzte Frage, Herr Vorsitzender! Vielen Dank! Ich habe mir die letzten Male ein Guthaben erarbeitet durch sehr kurze Fragen. Deswegen gestatten Sie mir noch den einen Satz: Welche Maßnahmen werden vonseiten des rbb an dieser Stelle getroffen, um die Qualitätsstandards zu verbessern? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt ist Herr Meyer an der Reihe für die SPD-Fraktion.

Sven Meyer (SPD): Herzlichen Dank! – Ich habe noch ein paar ergänzende Fragen zum Thema Arbeit. Die eine ist: Bei den vielen Abgängen ist mit einer starken Arbeitsverdichtung zu rechnen. Wie schätzen Sie das ein? Gibt es schon Arbeitsverdichtung? Was bedeutet es, dass so viele gehen? Es kann natürlich sein, dass nur ganz viele Bereiche wegfallen und das eigentlich nicht auffällt. Fiel es vorher vielleicht gar nicht auf, weil auf einmal so ein großer Personalüberhang ist? Das kann ich mir nicht vorstellen. Von daher stellt sich die Frage, was das am Ende für den Alltag dieser Arbeit bedeutet. Es wurde schon mehrfach angesprochen, dass es qualitativ Herausforderungen gibt und die Herausforderungen vielleicht zunehmen, weil es darum geht, authentische – –, vor allem die ganzen Fake News und so weiter – – Weil es eine Arbeit ist, die sehr fundiert ist, wird Personal benötigt. Womit ist zu rechnen, wenn es zu solch einem Aderlass kommt? – Das wäre die erste Frage.

Welche Ebenen werden vor allem gestrichen? Es wurde schon gesagt, dass eine weitere Führungsebene eingezogen wird, aber auf welcher Ebene wird vor allem gestrichen, in welchen Bereichen? Ist damit zu rechnen, dass Qualität und Inhalt schwer darunter leiden, oder wird nur das Angebot gekürzt?

Frau Schrey! Sie hatten erzählt, da habe ich aufgehört, dass es positiv ist, dass mal nicht die Freien besonders darunter leiden, wo ich jetzt sagen würde, das hört sich erst mal gut an. Wenn ich allerdings vor allem an die Festangestellten gehe, was bedeutet das? Bedeutet das, dass ich vor allem weiter auf Freie setze, dass ich vielleicht sogar sage, ich baue den Bereich der Freien aus im Vergleich zu den Festen? Eigentlich möchte ich langfristig gar keine Festen mehr haben. Was hat das denn für Auswirkungen? Vielleicht auch an Frau Eggerling und Frau Demmer: Was ist perspektivisch geplant? Welches Verhältnis möchte man denn haben? Oder sagt man, eigentlich wollen wir langfristig bis auf Führungsetagen und ein paar wesentliche Punkte auf Feste setzen, auf ein paar Bereiche und beim Rest auf Freie? Was bedeutet das letztendlich für die Situation? Ich persönlich muss sagen, ich sehe das sehr kritisch. Ich freue mich, dass es die Freien mal nicht trifft, keine Frage, aber diese Verschiebung würde ich sehr kritisch sehen, und das würde mich sehr interessieren, auch was ganze Tarifentwicklung und so weiter anbelangt, aber das wurde schon gefragt. – Das war es erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist an der Reihe Herr Eschricht für die AfD-Fraktion.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Auch meinen Dank an die Anzuhörenden! Ich fand es sehr interessant. Ich freue mich sehr, Sie heute hier im Ausschuss anhören zu können. In der Begründung des Besprechungspunktes ist durch die Kollegin von der SPD schon das Wort Staatsferne gefallen, und da muss ich immer ein bisschen schmunzeln, denn sie selbst ist Mitglied des Rundfunkrats sowie weitere Mitglieder hier im Ausschuss. Die wählen die Intendantin auf Vorschlag des Verwaltungsrates, aber der wird auch durch den Rundfunkrat bestimmt, und da ist immer der Eindruck, dass es doch nicht so gut um die Staatsferne bestellt ist. Es ist angesprochen worden, dass es zweimal im Jahr Treffen mit dem Staatssekretär Graf gibt, um die Zukunftsfähigkeit des rbb zu planen, und es ist betont worden, dass man sich selbst als demokratische Infrastruktur sieht. Ich würde das begrüßen. Ich glaube, alle demokratische Infrastruktur braucht demokratische Kontrolle, und die liegt offensichtlich vor, wenn man sich die Verzahnung der verschiedenen Gremien bewusst macht. Jede Kritik am System des öffentlichen Rundfunks wird gleich zu einer Gegnerschaft aufgewertet. Ich würde sogar sagen, die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist eigent-

lich wunderbar, nur der Auftrag wird verfehlt. Es ist eine Legitimationskrise. In der Bevölkerung herrscht großer Unmut über die Art und Weise der Berichterstattung. Der Kampf gegen Einflussoperationen aus dem Ausland obliegt wahrscheinlich den Sicherheitsbehörden und nicht zuerst dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wenn man sich Berichterstattung, zum Beispiel über die Epstein-Akte, anschaut, auch beim rbb, begrenzt sich das häufig auf Vorgänge im europäischen Ausland und nicht so stark auf die Bezüge, die es auch in Deutschland sehr wohl zu bestimmten SPD-Politikern gibt und Weiteres. Meine Frage ist: Was die Beurteilung der Situation angeht, ist es wichtig, dass Freiwilligkeit und Transparenz herrschen. Ist denn angedacht, das Finanzierungsmodell des rbb und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten grundsätzlich stärker zur Freiwilligkeit hin zu öffnen? Das wäre, glaube ich, eine ganz entscheidende Sache, um einen Feedback-Loop zu ermöglichen, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, selbst zu beurteilen, ob sie für das, was sie sehen, bezahlen wollen. Das hätte einen verstärkenden Effekt auf die Qualität, noch viel stärker als eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags. – Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist: Immer wieder hören wir über die Gehaltsstrukturen, dass die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verhältnismäßig hoch sind. Jetzt gibt es Überlegungen, dass man die Tarifverträge anpasst an bestehende Tarifverträge, so wie den TVöD. Ist so etwas angedacht, oder ist das grundsätzlich nicht gewünscht? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Frau Dr. Kahlefeld für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Sehr viele Fragen sind schon von Frau Helm und dem Kollegen der SPD gestellt worden. Deswegen würde ich das nicht wiederholen wollen. Was ich sehr sinnvoll finde und deswegen positiv kommentieren möchte, ist die EINFORDERUNG des – – Wir sprechen immer vom Konnexitätsprinzip, nämlich dass, wenn die Bezirke Aufgaben bekommen, dann auch das Geld an die Bezirke gehen soll. Da haben Sie natürlich vollkommen recht. Das betrifft auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wenn er Aufgaben übernehmen muss, dann müssen die Gelder den Aufgaben folgen. Das wollte ich nur kurz kommentieren, weil wir das im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform hier in Bezug auf die Arbeitsteilung zwischen Land und Bezirken diskutiert haben. Das finden wir sehr plausibel.

Die wenigen Fragen, die noch übrig geblieben sind, wenn ich es richtig mitbekommen habe, sind zum einen, inwieweit das Konzept des Stellenabbaus auch mit der Belegschaft entwickelt wurde. Sie haben dazu schon Sachen gesagt, aber mich würde noch interessieren, dass vor allen Dingen in Bezug auf die Inhalte, die damit verbunden sind – – Welche Teile der Belegschaft arbeiten an welchen Inhalten? Inwieweit hängt das mit der Programmentwicklung zusammen? Und das Zweite ist der Überbau, ich weiß nicht, wie ich das nennen soll, Freie, aber auch Menschen, die eher journalistisch tätig sind. – Das wäre die eine Frage.

Dann noch eine spezifischere Frage, was die inhaltliche Veränderung angeht. Gerade vor dem Hintergrund der Desinformation, mit der wir so krass zu tun haben, gibt es Formate, die, wie ich finde, aus Hörerinnen- oder Seherinnensicht besonders gut geeignet sind, um dem entgegenzuwirken. Das sind Dokumentationen, die meistens reflektieren, wie es überhaupt zu bestimmten Wissensständen kommt. Also die Produktion von Wissen, die Recherche wird selbst mitdokumentiert. Das ist ein sehr wirkungsvolles Medium im Kampf gegen Desinformation,

weil man zuschauen kann, wie jemand zu einer These oder zu einem Wissen kommt. Das ist aber relativ teuer. Deswegen würde ich gerne speziell nach diesem Format fragen. Außerdem sind das Formate, das ist der zweite Punkt, die auch bei Jüngeren recht beliebt sind, dieses Zuhören bei Podcasts, wo beschrieben wird, wie man was recherchiert hat, welche Fragen man sich gestellt hat. Das ist zugleich ein Format, das bei den Jüngeren gut ankommt. Ist das ein Format, das bleibt? Welchen Stellenwert hat das im Rahmen dieses Konzepts bei Ihnen im Moment?

Dann natürlich die Frage nach COSMO, ein enorm wichtiges Programm für Berlin, denn wir sind nun mal eine multikulturelle und eine vielsprachige Stadt. Was haben Sie vor in Bezug auf COSMO, eventuell auch inhaltlich? Das Musikprogramm ist toll, aber ich denke, dass auch die vielsprachigen Angebote für die Stadt sehr wichtig sind, damit man auch komplizierte politische Dinge vielleicht in der eigenen Sprache oder in einer Sprache, die einem leichter fällt, erklärt bekommt. – Das sind die Fragen gewesen, die jetzt übrig geblieben sind.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist meine Redeliste erst mal erschöpft. Der Staatssekretär Graf würde zunächst auf Ihre Statements in der zweiten Statementrunde warten und sich dann gegebenenfalls für den Senat äußern. Insofern würden wir wieder bei Ihnen anfangen. Wollen wir dieselbe Reihenfolge machen oder andersherum? – Nein, wir starten wieder mit Frau Demmer. – Bitte schön!

Ulrike Demmer (rbb): Vielen Dank! – Das ist ein breites Themenspektrum, das es abzudecken gilt. Ich will das mal versuchen zu strukturieren. Zum einen zu den allgemeinen Einlassungen über den Unmut in der Bevölkerung über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Aus meiner Sicht gibt es eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung. Selbst der rbb hat in den Umfragen, so zeigt es sich, und am Ende zeigt es auch die Nutzung unserer Programme, große Zustimmung sowohl, was das Vertrauen anbelangt, als auch die Sympathiewerte und die Nutzung der Inhalte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein solidarisch finanziertes, dem Gemeinwohl verpflichtetes Kommunikationssystem, und wir tun gut daran, es als kritische Infrastruktur dabei zu belassen.

Zustimmung im Sender: Hinter dem rbb liegen wirklich harte Jahre, die begonnen haben, bevor ich dort überhaupt angefangen habe, und deswegen ist es für mich nachvollziehbar, dass sich die Stimmung in der Belegschaft nicht von einem Tag auf den anderen total verbessert, sondern das kann nur allmählich gelingen. Vertrauen bildet sich nur allmählich und auch Verlässlichkeit in eine stabile Situation kann sich nur allmählich bilden. So, wie wir hier versammelt sitzen, haben wir natürlich auch nicht das Bild über die Stimmung im Sender mitbringen können, denn ich glaube, weder die Intendantin weiß genau, wie die Stimmung im Sender ist, noch wissen es die Personalvertretungen und die Gewerkschaften ganz genau, weil wir natürlich immer nur einen Ausschnitt mitbekommen. Ich kann Ihnen aber versichern, ich nutze jede Gelegenheit im Aufzug, ich nutze jede Gelegenheit in der Kantine, um mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen, und es gibt schon auch eine Menge Kolleginnen und Kollegen, die gerne zur Arbeit kommen, die glücklich sind, diesen Arbeitsplatz zu haben und auch an die Zukunft des Senders glauben, sonst würde es uns, glaube ich, auch gar nicht gelingen. Hinter uns liegt das erfolgreichste Jahr, programmlich gesehen, das der Sender je hatte. Das würde uns gar nicht gelingen, wenn wir nicht auch Mitarbeitende hätten, die hochmotiviert sind und optimistisch in die Zukunft schauen. Aber dass das besser werden muss, ist völlig klar.

Vertrauensbildend aus meiner Sicht kann nur sein, dass wir es geschafft haben, Personalabbau freiwillig zu bewerkstelligen. Ich kann Ihnen sagen, es hat – – Ich glaube, der größte Indikator dafür ist wirklich, wie wir mit den Freien umgegangen sind, denn das wäre die leichteste Methode gewesen, kleiner zu werden. Ich sehe das um uns herum. In anderen Medienhäusern wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aber es hat tatsächlich im vergangenen Jahr keine einzige Einschränkungsmittelteilung gegeben; das ist der Weg, um den freien Kollegen zu sagen, ihr arbeitet jetzt weniger. Auch das wäre schon eine Belastung gewesen. Es hat genau vier Beendigungen gegeben, und nur eine davon hatte etwas mit dem Freiwilligenprogramm zu tun. Dass wir die betriebsbedingten Kündigungen nicht bis in alle Ewigkeiten ausgeschlossen haben, liegt schlicht daran, dass wir in einer sehr volatilen politischen Lage sind und ich es in meiner Verantwortung sehe, nur das zu sagen, was ich wirklich versprechen kann. Ich möchte keine Versprechen geben, die ich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen möglicherweise nicht mehr halten kann, und ich glaube, das ist das, was vertrauensbildend ist. Dass der rbb eine Geschäftsleitung hatte, die Geld ausgegeben hat, das es nicht gab, war nicht vertrauensbildend. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Nullrunden interpretiert wissen und den nicht unterschriebenen Tarifvertragbeendigungsschutz. Diese Geschäftsleitung des rbb, das Direktorium, hat sich hinter diesen Beendigungsschutz gestellt, solange sie dachte, er ist finanzierbar, beziehungsweise er kostet erst mal nichts. Die finanzielle Situation des Senders gibt die Flexibilität her, die benötigt wird, um diesen Tarifvertrag umzusetzen. Als klar war, dass uns das etwas kosten würde, wir aber gar kein Geld haben, wäre es verantwortungslos gewesen, diesen Tarifvertrag zu unterschreiben. Wir sind aber schon zu einem ersten Gespräch mit den Gewerkschaften zusammengekommen. Es gilt weiterhin, dass es uns ein großes Anliegen ist, den festen und den freien Kollegen im Sender eine Perspektive zu geben. Dass uns das ein echtes Anliegen ist, können wir inzwischen belegen, sonst hätten wir den Personalabbau nicht auf diese Art und Weise gemacht. Insofern denke ich, dass wir uns da schon als vertrauenswürdig erwiesen haben.

Die Nullrunden hatte ich mit dem Gehaltstarifvertrag im Jahr 2023 verknüpft, weil damals schon klar war, dass wir uns die Folgewirkungen, die Kosten, die eine Tarifsteigerung mit sich bringt, in der jetzt laufenden Beitragsperiode nicht würden leisten können. Also habe ich gesagt, okay, der Sender ist in einer so prekären Situation und die Kolleginnen und Kollegen hatten hier so viel auszustehen, es wird jetzt ein Signal benötigt. Dieses Signal kostet uns aber so viel, dass wir es nur schaffen, wenn es danach zwei Nullrunden gibt. Wenn wir diese zwei Nullrunden im Sinne der KEF-Steigerungsraten nicht verbuchen, sondern die KEF-Steigerungsraten ausbezahlen würden, dann würde uns das erneut 40,8 Millionen Euro kosten. Damit wäre die Konsolidierung weitestgehend aufgeessen. Das heißt, das Ziel erfordert die gemeinschaftliche Anstrengung, dass der Sender auf wirtschaftlich stabilen Füßen steht, und dafür danke ich auch hier noch mal allen Kolleginnen und Kollegen, die das mitgetragen haben.

Zu den Fragen zu Kulturradio und COSMO im Einzelnen: Beim Kulturradio, Herr Goiny, bitte ich noch ein bisschen um Geduld. Programmreformen sind ein langwieriges Geschäft, und ich kann nur daran erinnern: radioeins, als es neu gegründet wurde, war, glaube ich, fünf Jahre lang unterhalb der Messbarkeit bei der Zuhörerschaft. Es hat sehr lange gedauert, bis die Reformen funktioniert haben. Wir haben Kulturradio reformiert, um mehr Wort ins Programm zu bringen. Auch das sehe ich im öffentlich-rechtlichen Auftrag. Geben Sie uns einfach noch ein bisschen Zeit. Die Veränderungen bei COSMO liegen nicht in der Hand des rbb, sondern hier ist es möglicherweise eine Folge des Reformstaatsvertrags. Der Reform-

staatsvertrag sieht eine Reduzierung der Radiowellen in der gesamten ARD vor. Das bedeutet, dass der rbb, wenn er diesem Reformstaatsvertrag Folge leisten soll, seine Wellenmenge auf sechs reduziert. Hier steht eine Entscheidung der beiden Bundesländer aus. – Herr Graf nickt. – Aber die Inhalte von COSMO sind in jedem Fall für uns wichtig. Ich sagte es ja. Es ist ein Zielbild des rbb, vielfältig zu berichten, und da gehört das natürlich ganz unbedingt dazu. Das heißt, wir haben schon eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die programmübergreifend arbeitet und überlegt, wie wir die Inhalte für die Zielgruppe von COSMO so oder so im Programm unterbringen, und das halte ich für einen fast schon alles entscheidenden Weg, denn die Zielgruppe ist so divers, wie sie nur sein könnte, und da reicht vielleicht ein linearer Kanal gar nicht aus, sondern da sollten wir sogar eher mehr Wege als weniger Wege suchen.

Frau Helm! Ihre Anfrage ist vom 6. Mai 2025. So viel konnte ich in der Zwischenzeit herausfinden. Ich kann Ihnen konkret zu der Zahl von 30 Millionen Euro, die Sie hier aufgebracht haben, nicht sagen, wie die jetzt zu veranschlagen sind. Der KEF-Bericht ist genau vier Tage alt, aber wir sind solide aufgestellt. Im Geld schwimmen wir nicht. Ganz allgemein formuliert kann ich sagen, wir stecken alles ins Programm. Dafür haben wir die Veränderungen auf den Weg gebracht.

Wichtig wäre mir bei der Debatte um die Qualität noch zu sagen: Wir haben Fehler gemacht, wir haben daraus gelernt. Daraus ist die sogenannte Dienstanweisung Programmverantwortung entstanden. Das heißt, wir haben unsere Prozesse verbessert, um Fehler zu vermeiden. Das konnten Sie meinem Eingangsstatement unter dem Kapitel Projekt „Neue Zusammenarbeit“ entnehmen. Ein echtes Anliegen ist es mir aber, die Arbeitsbedingungen für den regionalen Journalismus zu verbessern. Wenn Sie sich anschauen, wie sich die Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten ganz allgemein in der Branche in den vergangenen Jahren verschlechtert haben, und zwar dadurch, dass immer weniger Leute immer mehr Themen gleichzeitig zu bearbeiten haben, dass durch die Digitalisierung der Verbreitung von Journalismus die Messbarkeit der kleinsten journalistischen Einheit entstanden ist. Früher hatten ganze Zeitungen eine Auflage, heute hat jedes kleinste Stück eine Auflage, weil man die Klicks messen kann. Das verführt zu Clickbaiting. Das verführt zu einer Themenreduktion. Das verführt zur Vereinfachung und zu Zuspitzungen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat aus meiner Sicht die Aufgabe, sich mit Inhalten intensiv zu beschäftigen. Sie sagten, es geht um Recherche, es geht um Ausbildung von Expertise, und ich sagte, wir wollen Thementeams schaffen und den Reporterinnen und Reportern, den Journalistinnen und Journalisten im Haus den Raum und die Ressourcen zur Verfügung stellen, sich die Zeit zu nehmen, sich wirklich wieder auszukennen in dem, worüber sie berichten. Wir haben tolle Experten und Expertinnen im Haus, die das jetzt schon tun, aber ich habe mich mit vielen Redaktionen getroffen und ausgetauscht. Häufig fehlt am Ende doch die Zeit. Wir müssen als öffentlich-rechtlicher Rundfunk nicht die Ersten sein, wir müssen aber diejenigen sein, die verlässliche Information liefern, und hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen; das ist das oberste Ziel des Projektes „Neue Zusammenarbeit“. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es. – Frau Schrey, bitte schön!

Martina Schrey (rbb-Personalrat): Vielen Dank! – Auswirkungen auf das Programm: Ich würde da direkt anschließen. Man kann nicht sagen, die Sparmaßnahmen haben die und die Auswirkungen oder so etwas, sondern es ist so, dass es generell im Moment einen großen Veränderungsprozess gibt. Es wurde hier auch schon angesprochen: Die Herausforderung KI

ist immens und bedeutet einfach noch mal sehr viel Veränderung. Wenn Sie von dem Druck sprechen: Ich habe mir gerade überlegt: Bevor ich im Personalrat war, habe ich bei Inforadio gearbeitet, und ich kenne es immer so, wenn solche Herausforderungen von außen kommen, wenn irgendwo etwas weggenommen wird und so weiter, dann sagen die Kolleginnen und Kollegen nicht: Na ja gut, dann können wir es nicht mehr machen, sondern dann machen sie es meistens noch zusätzlich, weil sie selbst einen extremen Ehrgeiz haben, es so gut wie möglich zu machen. Wenn große Fehler passieren, weil das hier auch angesprochen worden ist, dann können Sie mir glauben, ist das für die Beschäftigten auch furchtbar. Es ist nicht so, dass dann irgendjemand sagt, kann passieren. Nein, natürlich nicht. Das sind schon Sachen, die Leute mitnehmen.

Arbeitsverdichtung haben Sie angesprochen. Vielleicht in dem Zusammenhang kurz erwähnt: Es gibt eine sogenannte Kommission, die dieses Freiwilligenprogramm begleitet. Da sitzen die Mitarbeitendenvertretungen drin und die Direktorin für Verwaltung, Betrieb und Produktion, wo bei jedem Einzelfall geguckt wird, der gehen kann: Passt das wirklich? Wie wird man das in Zukunft machen? Wie wird die Arbeit umgeschichtet? Kann die wirklich wegfallen? Warum kann die wegfallen? –, und da schauen wir nicht nur einmal und sehr kritisch darauf, sondern weil es ein Prozess ist, weil sich manche Dinge erst im Laufe der Zeit entwickeln, wird immer wieder hingeschaut, und es wird Bereichssitzungen geben, um sich anzuschauen, wie sich das zusammen mit dem neuen Konzept „Neue Zusammenarbeit“ auswirkt. Das ist mir noch wichtig zu erwähnen.

Dann wurde gesagt: Setzt der rbb nicht mehr auf Feste, sondern nur noch auf Freie? – oder so ähnlich. Ich habe diesen Eindruck nicht. Man muss dazu sagen, dass die übergroße Mehrheit der festen Mitarbeitenden in den Vorruhestand gegangen ist und nicht mithilfe von Auflösungsverträgen oder Ähnlichem den Sender verlassen hat. Insofern sehe ich keine Indizien, dass der rbb nur noch auf Freie setzt. Das scheint mir nicht so zu sein.

Habe ich etwas vergessen? – Ach ja! Ich hatte die Herausforderungen angesprochen. Natürlich sind manche Herausforderungen, einerseits durch diesen Sparprozess, aber auch Umschichtungsprozesses – Das sagte Frau Demmer auch. Es ist ja nicht so, dass diese 66 Millionen Euro völlig wegfallen, sondern es geht auch ins Digitale. Aber natürlich gibt es auch wieder Begrenzungen, die uns vonseiten der Politik gesetzt werden, Stichwort Reformstaatsvertrag. Natürlich wirkt sich das aus, wenn die Onlineberichterstattung eingeschränkt wird, und das ist eine Berichterstattung, die gerade für junge Leute wichtig ist, dass sie sich online informieren, und wenn das nur noch in begrenztem Maße möglich ist, dann wirkt sich das natürlich aus, und dann ist das auch schwierig für die Beschäftigten. – Soweit. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann geht es weiter mit der Gewerkschaft. – Frau Eggerling!

Kathlen Eggerling (ver.di): Danke! – Da gab es vor allen Dingen die Fragen zur Effizienzsteigerung und Arbeitsverdichtung von Frau Helm und Herrn Meyer. Ich nehme ganz stark wahr, dass durch diesen Sparprozess, den Stellenabbau – Ich weiß, dass in der Planung war, dass viele Assistenzstellen wegfallen sollten. Es hatte jede Abteilung eine Sparvorgabe von einigen Prozent, ich glaube, 10 Prozent. Das hat dazu geführt, meiner Wahrnehmung nach, was ich gespiegelt bekomme, dass es eine Arbeitsverdichtung gibt, also geben muss, denn es

baut sich mit Stellenabbau nicht gleichzeitig auch die Aufgabe ab, sondern die Aufgaben sind immer noch da. Es ist auch der Wille da, jeden Auspielweg, jede Herausforderung, die sich stellt, zu bewältigen, aber das führt unweigerlich zu Arbeitsverdichtungen. Das ist so, und wenn es so ist, macht es unweigerlich die Arbeit gefahrgeneigter. Wenn man mehr arbeiten muss, mehr Aufgaben erledigen, neue Aufgaben, kann das dazu führen, dass das man eher Fehler macht. Das ist eine Quelle von Gefahrgeneigtheit, ganz klar. Nebenbei ist es so, dass ständig beim rbb – – Ich glaube, Sie sprechen von Jobrollen, Tätigkeiten verändern sich stark. Zum Beispiel werden in technischen Bereichen Tätigkeiten zusammengelegt. Im Schnittbereich wird dann nicht nur Bild geschnitten, sondern auch Ton. Es werden zum Teil mehr Aufgaben in Schichten reingelegt, sodass sich die Schlagzahl erhöht. Da gibt es ganz starke Tendenzen zur Arbeitsverdichtung. Das macht es für Menschen anstrengender, die Aufgaben sind schwerer zu bewältigen und man kann viel eher Fehler machen.

Dann gab es die Frage zu einer Umschichtung, weil diesmal auch mehr Feste betroffen waren als Freie. In der Vergangenheit wurde bei Freien eher eingeschränkt oder beendet, wenn Aufgaben weggefallen sind, weil die Festen eher geschützt waren. Da sehe ich, dass sich der rbb durch dieses Freiwilligenprogramm sehr bemüht hat, da nicht einfach den Kahlschlag anzusetzen. Dem ist wahrscheinlich auch geschuldet, dass die Freien überwiegend journalistische Tätigkeiten haben, auf die man nicht verzichten kann, denn alles soll in das Programm gesteckt werden, und das ist gut so. Man kann auf die Freien nicht gut verzichten.

Ich wollte noch etwas zum Kulturradio sagen. Mich interessiert da auch sehr, wohin die Reise beim Kulturradio geht. Das leidet schon seit Jahren immer ein bisschen unter Änderungen, Abbau und weniger Beiträgen, so meine Wahrnehmung. Es würde mich sehr freuen, wenn eine Perspektive gibt, wo wieder mehr aufgebaut wird. Genauso bei COSMO. Da weiß ich auch, dass Leute betroffen sind, die dort nicht mehr arbeiten.

Auch da würde es mich freuen, zu hören, wenn es da wieder eine Umkehrung gibt und Alternativen im Programm gefunden werden. Ich glaube, das war das Wichtigste. – Danke!

Sebastian Scholz (DJV Berlin): Dann bleibt mir nur das Unwichtige. – Nein, ich habe hier noch zwei, drei Anmerkungen zur Kompensation Nullrunden. Frau Helm hatte die Frage gestellt. Ja, sind wir dran. Frau Demmer hat davon berichtet. Es gab ein erstes Gespräch mit der Verwaltungsdirektorin und den Gewerkschaften, wie wir eine Kompensation für diese beiden Nullrunden hinbekommen könnten. Ich bin erst mal sehr froh darüber, dass man wieder miteinander redet. Unsere Gesprächsangebote vorher waren so ein bisschen verhalten, im luftleeren Raum. Insofern ist das erst mal schon der richtige Schritt. Auch Ihre Anregung, Frau Helm, mit den 4,5 Prozent nehmen wir gerne mit. – Vielen Dank dafür!

Wie es mit dem Bestandsschutztarifvertrag weitergeht? – Aus unserer Sicht ist er fertig verhandelt. Frau Kuchler-Stahn, die Verwaltungsdirektorin, hat in der letzten Gesprächsrunde gesagt, es gibt zwei Stellschrauben, die der rbb gerne verändern möchte. Sie hat aber nicht gesagt, wie. Da warten wir noch auf eine Zuarbeit. Insofern schauen wir uns das dann an und schauen, ob wir an der Stelle bereit sind, einen Kompromiss zu finden. Ich gebe ehrlich zu, dass unsere Kompromissbereitschaft für diesen Tarifvertrag nahezu erschöpft ist, denn er ist ausverhandelt. Es ist ein Kompromiss, und der Kompromiss des Kompromisses ist meistens ein schlechter. Insofern schauen wir mal, ob es da – ich will es mal etwas despektierlich sagen – ein vernünftiges Angebot gibt. Ansonsten bleibt uns immer noch der gerichtliche Weg, der unabhängig davon weiterverfolgt wird. Aber schöner wäre es natürlich, wenn man sich in irgendeiner Art und Weise einigt.

Es gab die Frage, ob man ein Finanzierungsmodell hin auf die Freiwilligkeit umstellen sollte. – Da sind wir die falschen Ansprechpartner. Diese Frage muss die Politik entscheiden und nicht Gewerkschaften oder Intendanten. Auch die Anpassung an Tarifverträge des TVöD ist aus unserer Sicht, aus gewerkschaftlicher Sicht, nicht sachgerecht, weil es schlichtweg völlig unterschiedliche Tätigkeiten sind. Im Übrigen empfehle ich bei solchen Fragen gerne mal die Lektüre des Kienbaum-Gutachtens. Da gibt es Anstalten, die durchaus mehr Handlungsbedarf haben als ausgerechnet der rbb.

Das ist das, was bei mir übriggeblieben ist. Es gab wohl noch Fragen zum Umgang mit KI und Bildmaterial und was die Leiharbeitskräfte angeht, die aufgrund des Stellenabbaus irgendwie beschäftigt sein sollen. Das weiß ich nicht, würde mich aber auch interessieren. Eine Sache noch, Herr King, Ihre Frage, wie man die Meinungsvielfalt im rbb sicherstellen kann. – Ich habe eine sehr gute Idee: Das schafft man, indem man den rbb zu einem möglichst attraktiven Arbeitgeber macht, dass möglichst viele Leute aus vielen unterschiedlichen Bildungs- und Gesellschaftsschichten da arbeiten möchten. Momentan ist es so, dass der rbb nicht unbedingt ein attraktiver Arbeitgeber ist. Das liegt natürlich an seiner Geschichte, das ist richtig, an der Geschichte der Skandale, das liegt aber auch an der Tatsache, dass da massiv Stellen abgebaut werden mussten und sich jeder fragt: Na, wenn ich dahingehe, was ist da meine Zukunft? Aber ein attraktiver rbb ist aus meiner Sicht ein Garant dafür, dass viele unterschiedliche Menschen dort arbeiten, und dann wird eine Meinungsvielfalt ganz automatisch entstehen. Das war es. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Mit Blick auf die Uhr, wir sind ziemlich gut in der Zeit. Jetzt ist noch der Staatssekretär an der Reihe. Wenn es dann noch Nachfragen geben sollte, und Frau

Demmer hat sich auch noch mal gemeldet, können wir das gerne noch machen. Aber erst mal Herr Staatssekretär Graf. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Graf (CdS): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren Anzuhörende! Vielen Dank für Ihre Beiträge! Es gab jetzt in den Runden keine direkt an mich gerichteten Fragen. Gleichwohl nutze ich die Gelegenheit zu zwei, drei Themen einzuordnen, und wenn Frau Helm die Absicht hat, eine schriftliche Frage zu stellen, machen wir das in der gewohnten Form gemeinsam mit dem rbb, den wir dann dazu auffordern und beantworten Ihre Fragen nach bestem Wissen und Gewissen dort. Das ist manchmal bei Zahlen und solchen Themen substanzieller als im mündlichen Vortrag.

Ich will eine Eingangsbemerkung machen: Frau Demmer hat das auch in ihren Ausführungen dargestellt. Die finanzielle Situation des rbb und insbesondere auch mit Blick darauf, wie Frau Demmer sie vorgefunden hat, das muss man auch immer in der Debatte betonen, ist außerordentlich stark angespannt gewesen. Sie ist angespannt, und das war natürlich auch der Grund dafür – auch darauf hat Frau Demmer hingewiesen –, dass die beiden Landesregierungen im engen Austausch, natürlich immer auch im Rahmen von Programmautonomie und Organisationsverantwortung, die beim rbb liegt, und der gebotenen Staatsferne, immer die Signale gesetzt haben. Zukunftsfähigkeit setzt vor allem auch Zahlungsfähigkeit voraus, und diese Zahlungsfähigkeit muss gesichert werden. Deshalb hat Frau Demmer natürlich eine herausfordernde Managementaufgabe auch in dem Bereich mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Direktorium dort gehabt und auch nach wie vor sich. Sie hat das sehr gut dargestellt von den Maßstäben der Transparenz her, weil es hier auch dargelegt worden ist. Jedenfalls spielt sich da doch sehr viel im Bereich der Transparenz ab, wenn man die Präsentation liest, aber auch die Ausführungen heute sieht.

Es war eine tiefe Krise, auch darauf ist hingewiesen worden von allen Beteiligten, in die der rbb vor gut vier Jahren geraten ist, eine finanzielle Krise, aber auch eine Vertrauenskrise. Die Antwort, die wir gemeinsam mit der Landesregierung Brandenburg gegeben haben, ist, insbesondere den damals von der Vorgängerregierung vorverhandelten rbb-Staatsvertrag noch einmal zu schärfen, was die Punkte der Transparenz, der Compliance-Fragen, der Kontrollmechanismen, denn es war auch Ausdruck eines Kontrollversagens, das da stattgefunden hat, angeht. Die Antwort haben wir mit dem rbb-Staatsvertrag gegeben, und dieser rbb-Staatsvertrag gibt da auch, auch da bedanke ich mich fürs Lob und auch für die kritischen Hinweise, die es dazu gibt – Bei rbb-Staatsverträgen müssen Sie es sich immer so vorstellen, wenn zwei Landesregierungen einen Staatsvertrag machen, dann steht da auch die Meinung oder der Kompromiss von beiden Landesregierungen drin. Das ist dann nicht immer nur der Wunsch der Intendantin des rbb oder der Personalratsvorsitzenden, aber auch nicht des Chefs der Senatskanzlei, sondern das ist ein Kompromiss, der aber durchaus hohe Anerkennung auch bundesweit bekommen hat, gerade für diese Säule von Transparenz, Kontrolle und Mechanismen. Wir waren da in vielen Punkten sogar Vorreiter, weil es dann darauf aufsetzend die bundesweite Debatte über den Reformstaatsvertrag gibt, der auch im letzten Jahr, am 1. Dezember 2025 in Kraft getreten ist, wovon abgekoppelt die Rundfunkfinanzierungsfrage, auch das ist hier durchgeklungen, noch steht. Die Anerkennung, die wir bekommen haben, und da ist das im Länderkreis noch viel komplizierter, als ich es Ihnen gerade für eine Zweiländer-Anstalt beschrieben habe. Wenn man dort Rundfunkstaatsverträge verhandelt, dann sind das nicht nur zwei Länder, sondern das ist das CSU-geführte Bayern bis hin zu, unter

Beteiligung der Linken damals, in Thüringen oder auch Bremen geführte Senate, und das ist noch viel komplizierter, insbesondere wenn man ein Einstimmigkeitsprinzip hat.

Wofür haben wir Lob und Anerkennung bekommen? – Dass wir die richtigen Schlussfolgerungen daraus gezogen haben, die im rbb allesamt inzwischen, jedenfalls was diesen Kontrolle- und Transparenzbereich angeht, umgesetzt worden sind. Wir haben aber auch zum Beispiel, weil das von der AfD hier angesprochen worden ist – Bei der Deckelung der Gehälter sind wir mit gutem Beispiel vorangegangen. In anderen Anstalten läuft das anders, und auch im Reformstaatsvertrag haben wir nicht den strikten Maßstab, wie wir ihn im rbb-Staatsvertrag haben. Wenn hier die Frage der AT-Verträge angesprochen wird, kann ich es nachvollziehen, dann muss man aber auch fair in der Beratung, jedenfalls mit der jetzigen Intendantin, sein. Auch das hat eine längere Tradition beim rbb bis hin zur Vor-Vor-Vorgängerin, die diese Verträge etabliert hat. Da muss man sehen, wie man aus der Lage herauskommt. Meines Erachtens haben wir da mit dem rbb-Staatsvertrag eine gute Antwort geliefert.

Es ist an geklungen, und ich kann nachvollziehen bei aller Staatsferne, dass die Priorisierung richtig ist, zu sagen: Als Allerletztes spart man am Programm. Das setzt voraus, dass andere Säulen noch stärker in den Fokus geraten. Der Titel dieser Anhörung hat den Fokus auch sehr stark, und auch die Rolle der Anzuhörenden, auf das Thema Personal gegeben. Da haben wir einen Eindruck mitbekommen. Auch da hat natürlich jeder seine Rolle, so wie wir die Rolle haben, unsere Rechtsaufsicht auszuüben. Frau Demmer hat die Rolle, ihre Managementaufgabe zu lösen, und der Personalrat hat die Rolle, die Beschäftigten dabei zu vertreten, dass das auch in deren Interesse läuft. So ist das Rollenverständnis, und das ist hier gut zum Ausdruck gekommen.

Es ist jetzt in der Debatte das Thema COSMO angesprochen worden. Auch da hat Frau Demmer meines Erachtens die richtige Antwort gegeben. Da muss man auch den rbb in Schutz nehmen insoweit, als dass das ein Auftrag des Reformstaatsvertrags ist, die Rundfunkwellen zu reduzieren und die Landesregierungen für Berlin und Brandenburg die Aufgabe haben, eine Antwort zu geben. Ich finde, dass Frau Demmer auch schon einen Weg aufgezeigt hat, wie man das dann machen kann. Wir müssen aber im Staatsvertrag erst mal die Beauftragung festschreiben, oder die Nichtbeauftragung in dem Fall dieser einen Welle festschreiben. Bei COSMO handelt es sich um eine gemeinsame Sache, wo das Land Nordrhein-Westfalen federführend ist. Man muss sich sicherlich dann ansehen, wie man bestimmte Zielgruppen anders erreichen kann als es bislang der Fall war.

Das Thema Zukunftsfähigkeit und Vertrauenskrise ist angesprochen worden. Ich spüre das immer noch intensiver als in den Beratungen hier im Abgeordnetenhaus, wenn ich mich mit meiner Kollegin in Brandenburg austausche, aber noch stärker im Bereich der Ministerpräsidentenkonferenzen Ost, wie unterschiedlich da auch die Wahrnehmung ist. Es macht auch aus meiner Sicht keinen Sinn, sich nicht dieser Aufgabe zu stellen, sondern man muss in den Diskurs treten: Was kann man eigentlich dazu beitragen, dass diese Vertrauenskrise reduziert wird? Ich würde dies nicht immer an der Frage der Beitragsdiskussion allein festmachen. Die Hebung von Effizienzen und Einsparungen ist ein Thema, das auch durch den Reformstaatsvertrag auf Bundesebene adressiert wird und woraus sich hoffentlich auch Antworten ergeben, ist dieser Zukunftsrat, der jetzt auch etabliert worden ist oder etabliert wird, unter der

Federführung in Thüringen wird das sein, in Weimar, dass dort auch noch mal Vorschläge kommen, diesen Reformprozess auf der Programmebene zu begleiten.

Das, was wir am Ende im Auge haben müssen, ist, dass der rbb als wichtige Säule für unabhängige Berichterstattung und demokratischen Diskurs gestärkt aus diesem Prozess hervorgeht. Mein Eindruck ist, dass die Aufgabe dort angenommen worden ist und dass das ein schwerer Gang auch für viele ist bei solchen Sparaufgaben, die es da gab. Aber am Ende kommt es darauf an, dass sie wettbewerbsfähig bleiben in diesem System, auch mit den digitalen Plattformen gegenüber den Privaten. Deswegen sehe ich dem eigentlich sehr positiv entgegen und habe den Eindruck aus der Beratung mitgenommen, dass viele Gespräche konsensual laufen, sowohl bei den Beschäftigten – – Ich finde, Frau Schrey hat sehr gut zum Ausdruck gebracht, dass eine hohe Leidensstrecke hinter Ihnen liegt, auch eine Leidensfähigkeit, der Wunsch nach Perspektiven und dass man sich in Tarifverhandlungen so verständigen muss, wie Sie es dann tun. Da hat Herr Goiny aus meiner Sicht die richtige Einschätzung gegeben, welche Rolle die Politik da spielt. Entscheidend ist aber, dass Sie einen Plan haben, der hier auch vorgestellt worden ist, den Sie auch in der parlamentarischen Beratung mit den Abgeordneten der Länder Berlin und Brandenburg vor einigen Monaten teilen konnten. Die Punkte, die aus dem Reformstaatsvertrag kritisiert wurden, sind Themen, wo ich immer sage, bei denen uns das Verfassungsgericht da sehr eindringlich in unserer Haltung bestätigt hat, und trotzdem schauen wir uns natürlich, Frau Schrey, Frau Demmer, immer wieder auch an: Kann man da nachjustieren? Muss man da nachjustieren? Wenn Sie sagen, bei den Hierarchieebenen oder bei den örtlichen Berichterstattungen, weil beides angesprochen wurde als Kritikpunkte, dann habe ich immer die Haltung vertreten: Erstens nicht nur einen Kompromiss mit Brandenburg. Zweitens hilft es nicht den Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg, wenn das Berliner Abgeordnetenhaus oder die Kolleginnen und Kollegen im Senat den Brandenburgern erklären, wir halten das alles für Quatsch mit den Standorten in der Fläche, wenn es an Brandenburg so ein wichtiges Thema ist. Ich finde, dass der rbb unter Effizienzgesichtspunkten auch sehr gute Lösungen gefunden hat, weil es hieß, die Strukturen sorgen für Mehrkosten, aber da ist durchaus auch Kreativität gewählt worden in Brandenburg an der Havel, wie man das jetzt gemacht hat.

Am Ende ist für mich noch die Frage der Leitung der Landesangebote übrig. Da kennen Sie die unterschiedlichen Haltungen. Bislang sind sie aber auch noch nicht besetzt. Insofern muss man sich das ansehen. Ich sage immer so schön: Nach dem Staatsvertrag ist vor dem nächsten Staatsvertrag. Wir müssen sowieso versuchen, noch einen rbb-Staatsvertrag nach dem Reformstaatsvertrag zu machen, und wir werden uns diese Punkte da noch mal mit ansehen, mit der Brandenburger Landesregierung gemeinsam. Da hören wir Ihre Anliegen auch und schauen uns das an, aber wir müssen uns dann auch im Länderkreis miteinander einigen. In dem Sinne bedanke ich mich für die Beratung, die mir noch mal viele Informationen, gerade aus den Gewerkschaften, den Beschäftigtenvertretungen, mit auf den Weg gegeben hat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön, Herr Staatssekretär Graf! – Jetzt habe ich noch eine Meldung von Frau Demmer. Wollen Sie erst mal noch Ihre Ausführungen ergänzen? Dann habe ich Frau Helm auf der Liste für noch eine Nachfrage. Wenn es noch weitere gibt, wir sind nicht ganz so eng mit der Zeit, könnten wir sie noch machen. Aber zunächst Frau Demmer. – Bitte schön!

Ulrike Demmer (rbb): Ich möchte nur eine kleine Korrektur vornehmen. Wir haben hier immer von Kulturradio oder Radio Kultur gesprochen. Auch Herr Goiny, der es nicht so gerne hört, wird es wissen: radio3. – [Christian Goiny (CDU): Habe ich gesagt!] –

Vorsitzender Andreas Otto: Eingeweihte haben das gemerkt. – Jetzt Frau Helm für die Linksfraktion.

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass Sie uns noch mal die Möglichkeit geben! – Ich möchte zu den Einlassungen noch mal kurz etwas sagen. Ich bin völlig d'accord, Frau Demmer, dass Sie ein schweres Erbe angetreten haben, und da wollte ich auch gar keinen anderen Anschein erwecken. Sie haben es angesprochen in Bezug auf die AT-Beschäftigten. Das ist natürlich vollkommen klar. Trotzdem ist das jetzt eine Situation, die da ist, und die wir bewältigen müssen. – Ich will noch mal etwas Allgemeines sagen: Es beißt sich ein bisschen die Katze in den Schwanz, wenn wir über die finanzielle Krise und die Vertrauenskrise sprechen. Das hängt natürlich miteinander zusammen. Darüber haben wir eine Einigkeit. Die Vertrauenskrise gibt es nicht nur bei den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern, sondern auch bei den Beschäftigten beim rbb. Der Kollege Goiny hat es zu Recht angesprochen, dass natürlich auch die Beitragserhöhungen etwas mit einer Bereitschaft und mit einem Vertrauen zu tun haben. Aber das Vertrauen können wir natürlich nur erhalten und zurückgewinnen durch ein gutes Programm, und zwar ein Programm für alle, zum Beispiel auch, was die Vorgaben der Barrierefreiheit angeht. Wir sollten aber tunlichst vermeiden, andere Vorgaben zu machen, die für zusätzliche Ausgaben sorgen, die nicht Voraussetzung sind für ein gutes Programm, weil damit direkt das Vertrauen zusammenhängt, und da wird es Sie nicht überraschen, Herr Staatssekretär, dass ich mich durch den KEF-Bericht eher bestätigt sehe und bei meiner Meinung bleibe über den Standort. Natürlich werden wir das auswerten und uns angucken, und auch wir müssen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg im Gespräch bleiben.

Ich freue mich zu hören, dass aus dieser Anhörung hervorgegangen ist, dass es durchaus eine gegenseitige Anerkennung gibt zum einen von der Situation der Beschäftigten, die wirklich schwierig ist, und was sie dort weggetragen haben an dieser Krise, aber auch für die Bemühungen der Führung dort, konsensual Lösungen zu finden. Das ist schon mal eine gute Voraussetzung für die nächsten Schritte, dass diese gegenseitige Anerkennung durchkommt. Da will ich aber noch mal zuspitzen mit der Frage an Sie, Frau Demmer, weil das nicht ganz herauskam aus der Anhörung, ob Sie betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten zwei Jahre ausschließen.

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt habe ich noch Herrn Wesener für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Keine Sorge, ich mache es ganz kurz. Es ist womöglich auch eine Special Interest Frage. Es geht nochmal um das Thema Freie und die Strategie des rbb, zukünftig auch noch mehr auf freie Beschäftigte zu setzen. Mich würde interessieren: Inwieweit ist der rbb zumindest indirekt von dem sogenannten Herrenberg-Urteil betroffen? Inwieweit spielt das in Ihren Diskussionen eine Rolle?

Vorsitzender Andreas Otto: Das waren die Wortmeldungen. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich Sie jetzt bitten, die Fragen waren, glaube ich, im Wesentlichen an Frau Demmer, dass Sie dazu noch mal etwas sagen. – Bitte schön!

Ulrike Demmer (rbb): Zu der Frage nach Herrenberg würde ich an Herrn Bielefeld erweisen, den Personalchef des rbb. – Die Frage von Frau Helm würde ich noch mal zum Anlass nehmen, zunächst auf die Arbeitsverdichtung einzugehen. Die Kommission zur Vermeidung von überlasteter Arbeitsverdichtung ist schon erwähnt worden. Wir haben gar kein Interesse daran, dass wir Menschen so beschäftigen, dass sie abends tot zusammenbrechen und nicht mehr konzentriert arbeiten können. Was wir als Sender lernen müssen, und das habe ich mir wirklich zum Ziel gemacht, ist, Dinge wegzulassen. Das ist gar nicht so einfach. Es gibt offenbar inzwischen Kurse für digitale Transformation, die beinhalten, sogenannte Not-to-do-Listen zu erstellen. Ich glaube, das Thema muss man strukturiert angehen. Man kann nicht einfach sagen: Lasst doch einfach was weg, sondern das müssen wir uns genau angucken. Bei den unternehmerischen Entscheidungen sind schon einige dabei, die zur Folge hatten, dass Dinge weggelassen werden. Nicht überall, wo Menschen weggegangen sind, ist die Arbeit geblieben, sondern Menschen haben uns auch verlassen an Stellen, wo die Arbeit ebenfalls weggefallen ist, und wenn das nicht kongruent war, haben wir über horizontale Personalverschiebung versucht, die Leute gehen zu lassen, aber an anderer Stelle Menschen zu finden, die dann den Job übernehmen. Das ist eine komplexe Frage. Sie merken es schon an meiner Antwort. Seien Sie versichert, dass wir kein Interesse daran haben, überlastete Mitarbeiter zu haben, sondern wir wollen Mitarbeitende haben, die gerne zur Arbeit kommen. Herr Bielefeld hat mir gerade zugerufen, dass auch ein Indiz dafür ist, dass wir den Personalentwicklungsetat in noch so prekärer finanzieller Lage gar nicht gekürzt haben. Das zeigt, es ist uns auch weiterhin wichtig, die Personalentwicklung voranzutreiben.

Zu betriebsbedingten Kündigungen habe ich schon etwas gesagt. Ich kann Versprechungen – – Es ist der klare Wunsch, der von Ihnen und auch vom Personalrat formuliert worden ist, über Jahre hinweg da Sicherheit zu haben. Der rbb steht jetzt auf stabilen Füßen, aber was uns von draußen noch erreichen wird, das habe ich so wenig in der Hand, und da ist die Lage so volatil, dass ich das nicht versprechen möchte. Aber, wie hier schon formuliert, der rbb steht jetzt auf soliden Füßen. Wir haben es selbst jetzt geschafft, ohne betriebsbedingte Kündigungen auszukommen, sodass ich finde, dass man daraus eine gewisse Verlässlichkeit ablesen kann.

Vorsitzender Andreas Otto: Das nehmen wir mal so hin. – Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. – [Daniel Wesener (GRÜNE): Darf Herr Bielefeld sprechen?] – War noch eine Frage offen? Jetzt sollen wir Herrn Bielefeld das Wort geben. Gibt es da Widerspruch? – Sehe ich nicht. Dann dürfen Sie ganz kurz.

Nicolas Bielefeld (HA Leiter Personal): Ich mache es, so kurz es geht. Es ist tatsächlich ein sehr spezielles Thema in der Beschäftigung freier Mitarbeiter beziehungsweise in dem Fall von Lehrkräften. Das Herrenberg-Urteil beschäftigt sich insbesondere mit der Frage: Wie werden Lehrkräfte sozialversicherungspflichtig oder eben nicht beschäftigt? – Erst mal ist das beim rbb kein so großes Thema, weil wir den ganz großen Teil unserer freien Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig abrechnen, also das ist bei uns kein risikobehaftetes Thema. Wir beschäftigen auch nicht im großen Stil Lehrkräfte im klassischen Sinne. Unsere Ausbildungen machen interne Ausbilder im rbb. Es gibt ein kleines Aber: Wir haben anders als andere

ARD-Anstalten unsere Volontärausbildung an eine Tochtergesellschaft gegeben, die electronic media school, auch kurz: ems. Die beschäftigt natürlich bei der Volontärausbildung zahlreiche Lehrkräfte. Ich habe gerade gestern mit dem Geschäftsführer zu diesem Thema gesprochen, weil die Übergangsregelung bis 2027 verlängert worden ist. Wir werden uns mit dem Thema bei der ems beschäftigen, aber im rbb, im Stammhaus, spielt das keine Rolle.

Vorsitzender Andreas Otto: Dann haben wir das auch geklärt. – Jetzt schaue ich noch mal in die Runde, ob ich irgendetwas übersehen habe. – Das ist nicht der Fall. Dann bleibt, Ihnen ganz herzlich zu danken, dass Sie heute hier waren und diese Anhörung mit uns gestaltet haben, wir Fragen stellen konnten und jetzt etwas mehr über den rbb, über den Prozess, über die Sorgen und Nöte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren haben und das sicherlich in der einen oder anderen Weise und Funktion auch weiter begleiten. – Herzlichen Dank!

Wir müssen noch festhalten, dass wir ein Wortprotokoll machen. Das hatte ich anfangs nicht gesagt, und dann die Frage: Wollen wir den Punkt abschließen, oder soll er noch mal aufgerufen werden, wenn das Wortprotokoll vorliegt? – Ich sehe, wir neigen eher zum Abschließen. Dann haben wir den Punkt abgeschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.